Aktuelle Entwicklungen in der Wasserwirtschaft

Dr. Michaela Schmitz
Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), Berlin und Brüssel

Abwasserbilanz 2005

INFRANEU

AG WASSER

BGW Landesgruppe Berlin-Brandenburg

Wildau, den 12. Dezember 2005

© BGW

Große Koalition – 16. Wahlperiode

Was kommt auf die Wasserwirtschaft zu?

Deutsche Wasserpolitik

Bisherige Modernisierungsstrategie

Deutscher Bundestag
- Beschluss März 2002 -

„Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland“

Wasserversorgung ist Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit der Kommunen

Forderung: Modernisierungsstrategie

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Modernisierungs-strategie

- Zusammenführung Ver- und Entsorgung
- Förderung von Kooperationen/Fusionen
- Steuerliche Gleichbehandlung
- Übertragung der Pflichtaufgabe Abwasser
- Ausweitung Örtlichkeitsprinzip
- Benchmarking
- Strukturwandel wegen Weltmarkt Wasser

Umsetzung Modernisierungs-strategie

- Steuerliche Gleichbehandlung: Modellrechnung
- Benchmarking: Verbändeerklärung, Technische Hinweise, Branchenbild
- Kooperation: Leitfaden (Gutachten für BMWA von Prof. Dr. Rudolph)
- Bericht über die Umsetzung der Modernisierungsstrategie

BGW-Argumente gegen Liberalisierung Wasser

- Wasserhaushaltsgesetz schreibt ortsnahe Wasser-versorgung vor
- EU-Wasserrahmenrichtlinie: Wasser ist keine übliche Handelsware
- Durchleitungsprobleme: wirtschaftlich, technisch, hygienisch
- Keine nationale Verbundnetzstruktur vorhanden
- Eigenversorgungsgrad Industrie: ca. 90%
- Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge und Kernaufgabe der Kommunen

: : : : Erste Analyse des Koalitionsvertrages CDU, CSU und SPD (Stand 11.11.2005, Auszug)

Vereinbarungen		Bewertung
Kommunen als Entscheider	☑	Fortsetzung Modernisierungsstrategie
Stärkung ÖPP	±	„abwarten“
Hohe Qualität Umwelt	☑	Fortsetzung Modernisierungsstrategie
Ausbau Entwicklungshilfe / Techn. Zusammenarbeit	☑	Fortsetzung Modernisierungsstrategie
Beibehaltung Steuerprivileg Abwasser	☹	Contra BMF-/BMWA-Prüfauftrag
Enge Umsetzung Wasserrahmen-richtlinie Bund/Länder	☑	BGW-Forderung nach 1:1 Umsetzung
Förderalismusreform Wasser	☑	BGW-Forderung
EU-Dienstleistungsrichtlinie korrigieren	☑	BGW-Forderung
REACH-Entwurf entbürokratisieren	☹	BGW gegen Abschwächung

: : : : Erste Analyse des Koalitionsvertrages CDU, CSU und SPD (Stand 11.11.2005, Auszug)

Vereinbarungen		Bewertung
Stadtumbau Förderprogramm für Anpassung techn.-/wirtschaftl. Infrastrukturen	☑	BGW-Forderung
Gesunde Ernährung	☑	Neue BGW/BMVEL-Studie
Schaffung Umweltgesetzbuch mit Planungsbeschleunigungsgesetz	☑	BGW-Forderung
Überarbeitung HOAI	☑	BGW-Forderung
Vorbeugender Hochwasserschutz	☑	BGW-Forderung
Novelle Vergaberecht	±	„abwarten“
Verbraucherinformationsgesetz	±	„abwarten“

Künftige Rolle Deutschlands

2007

- Präsidentschaft in der Europäischen Union (1. Halbjahr)
- Präsidentschaft G 8

Vereinbarungen: Pro Europäischer Verfassungsvertrag

Pro überarbeitete Lissabon-Strategie

Wassermarkt aus Sicht der EU-Wettbewerbskommission

- wachsende wirtschaftliche Bedeutung (80 Mrd. Euro Gesamtumsatz)
- wachsende Anzahl von Wettbewerbs- und Binnenmarktsverfahren
- natürliches Monopol, vertikale Integration
- hohe Fixkosten, teurer Transport, lokale Netze
- Verantwortung bei Kommunalverwaltung
- Inhouse-Verträge verbreitet (außer F, UK)
- ausschließliche Rechte üblich

Struktur der europäischen Diskussion Wasser

Lissabon-Prozess „Binnenmarktstrategie“

Daseinsvorsorge	„Öffentlich-Private-Partnerschaften
EU-Binnenmarkt-kommission	EU-Wettbewerbs-kommission

Wie geht die EU-Kommission vor?

- Analyse der Situation EU / Mitgliedsstaaten
- Vorschlag Maßnahmen auf EU-Ebene
- Fragenkataloge der EU-Kommission (Auswertung 2005)

Europa der Nationen

- Subsidiarität
- Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung
- Natürliche Voraussetzungen Wasserwirtschaft

EU berät Grünbuch PPP / Weißbuch Daseinsvorsorge

- Verbesserung des Rechtsrahmens?
- Rahmenrichtlinie zur Daseinsvorsorge?
- Sektorrichtlinie?
- Ausschreibungspflichten für Zweckverbände, Konzessionen?

: : : : Organisation der Wasserwirtschaft in Europa

Deutschland (2001)
6.560 Wasserversorgungsunternehmen
7.159 Abwasserentsorgungsunternehmen
Brandenburg
134 Wasserversorgungsunternehmen
243 Abwasserentsorgungsunternehmen

Frankreich
3 große Unternehmen
20 kleinere Ver- und Entsorger
15.500 Wasserwerke
12.000 Abwasserwerke

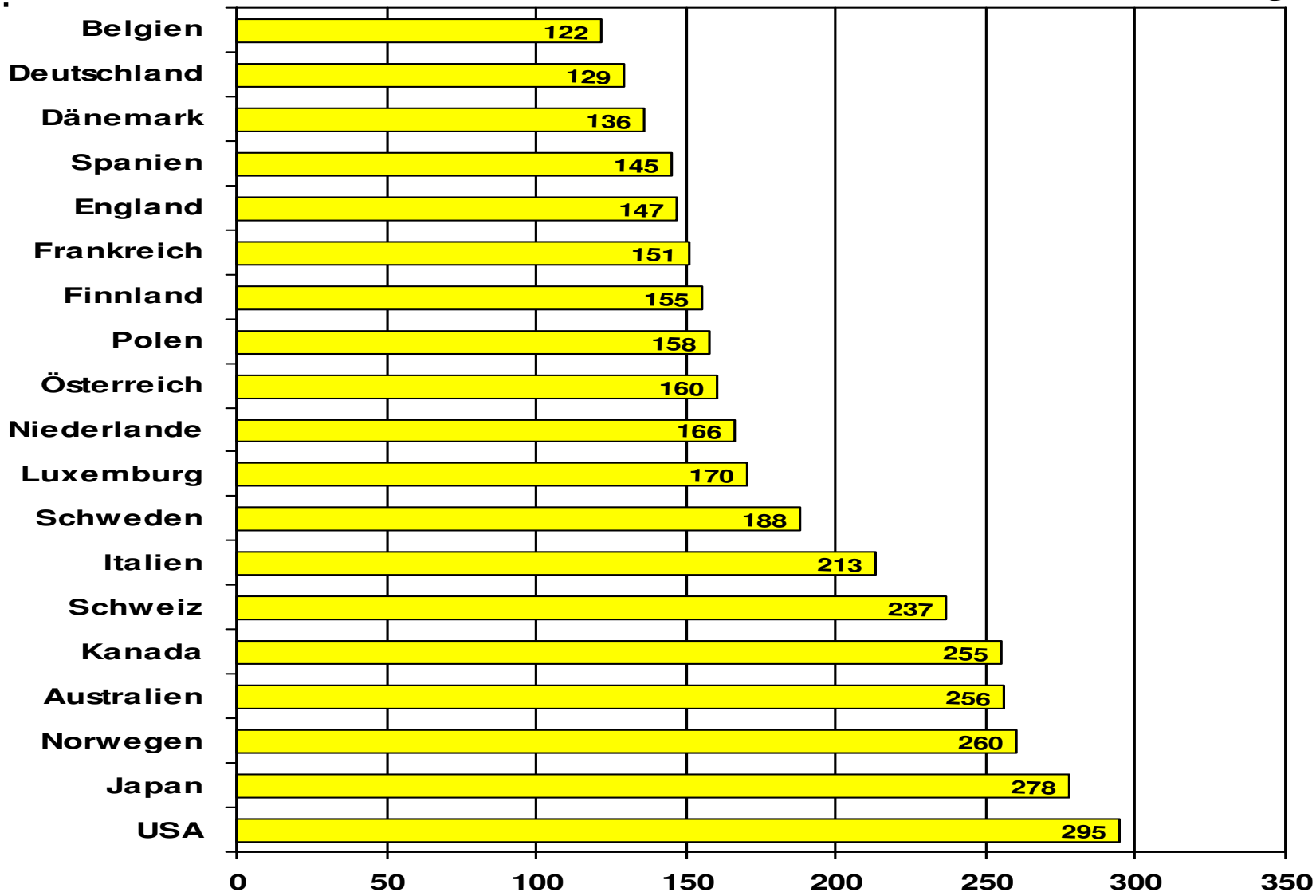
Italien
8.100 Unternehmen
Ziel: 100 - 200 Unternehmen

England & Wales
früher 3.500 Unternehmen
heute 10 Ver- und Entsorger
17 kleinere Versorger

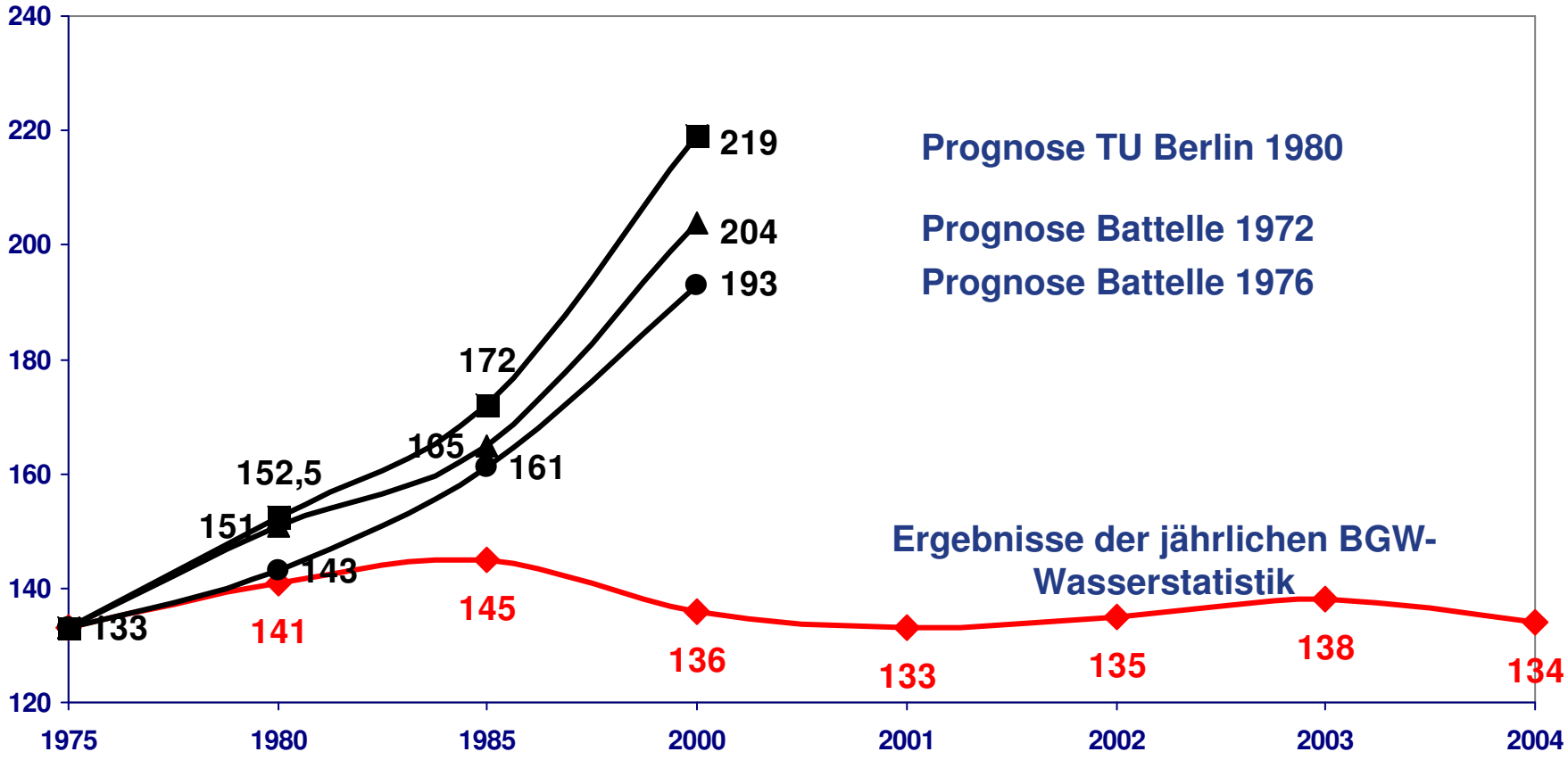
Österreich
4.000 Wasserversorgungsunternehmen
227 Abwasserentsorger

Niederlande
früher 225 Wasserversorgungsunternehmen
heute 16 Unternehmen
Ziel: 6 - 10 Unternehmen
540 Abwasserentsorger

Haushaltswasserverbrauch im internationalen Vergleich



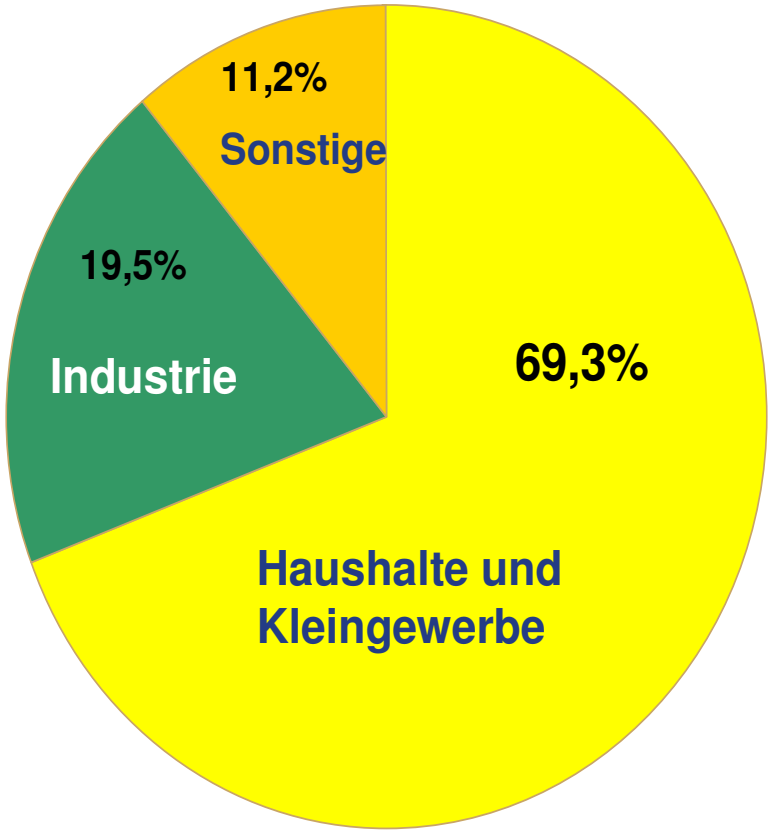
: : : : Prognose und tatsächliche Entwicklung des Haushaltswasserverbrauches - in Litern pro Einwohner und Tag



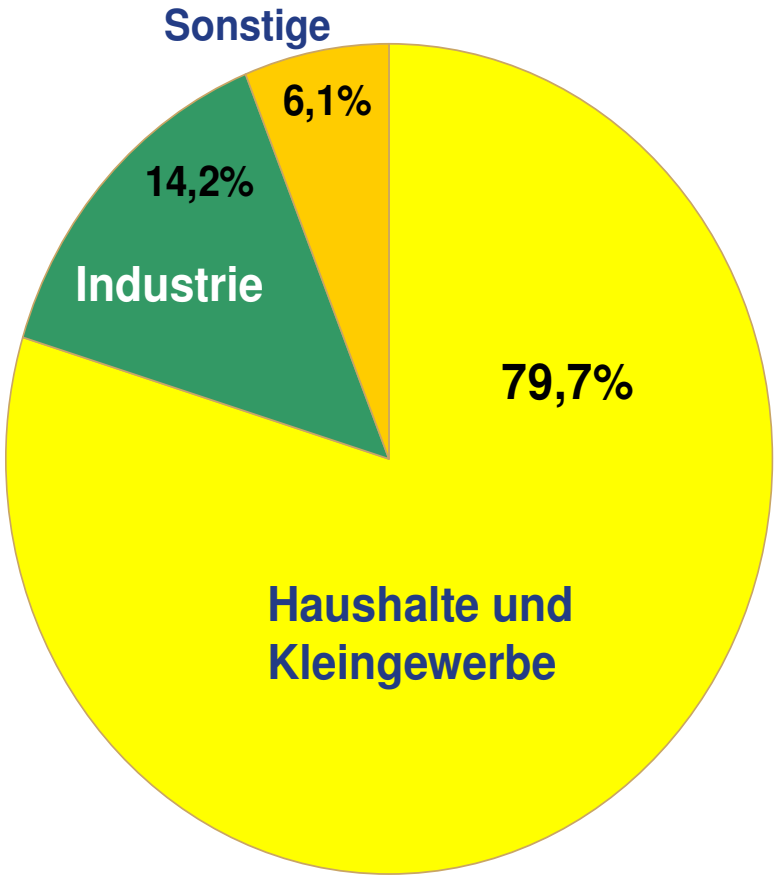
Die Angaben beziehen sich auf die alten Bundesländer!

Öffentliche Wasserversorgung in Deutschland

- Wasserabgabe nach Kundengruppen 1990 und 2002



1990

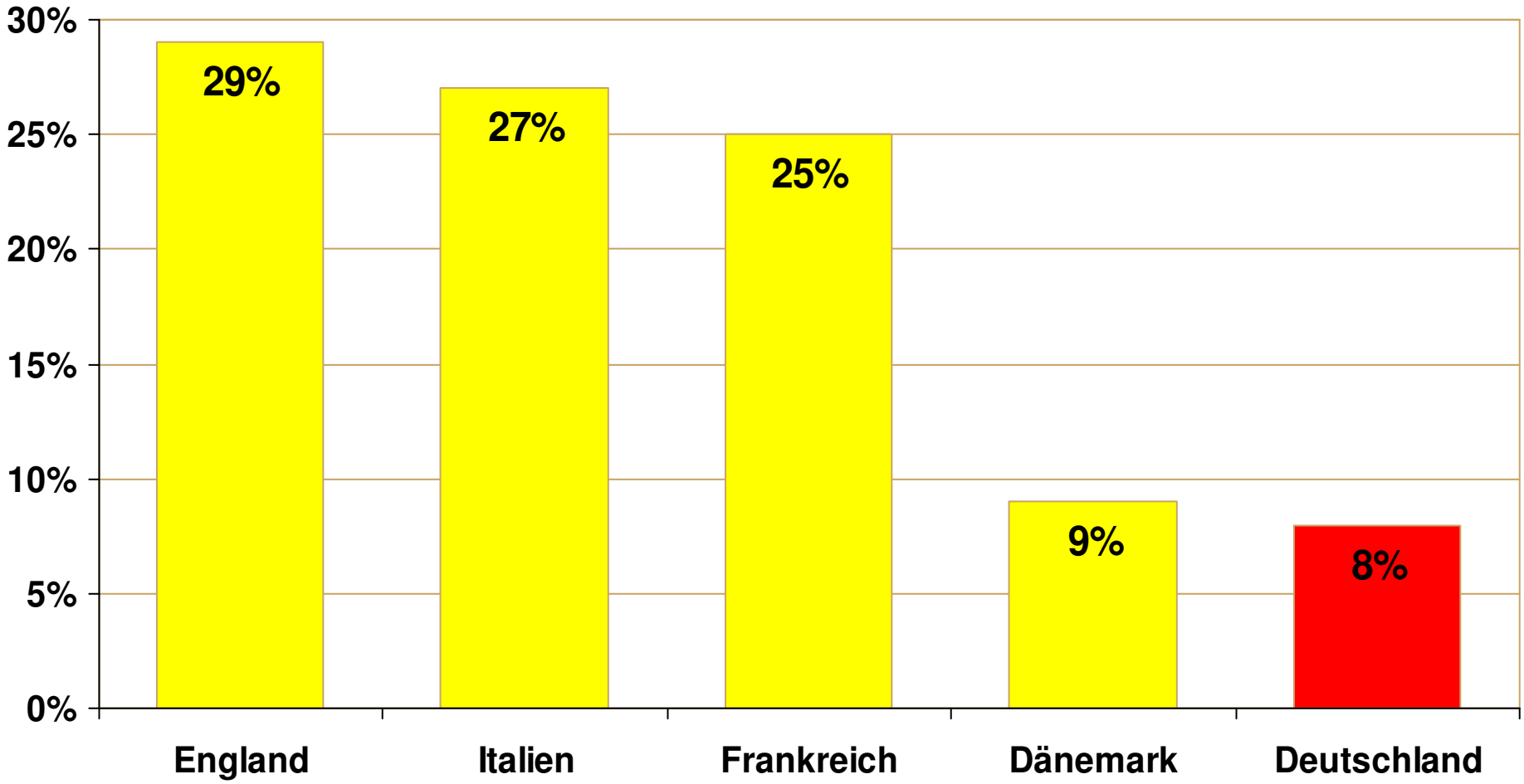


2002

Quelle: BGW-Wasserstatistik

© BGW

: : : : Wasserverluste in europäischen Ländern



Quelle: Umweltbundesamt 1998

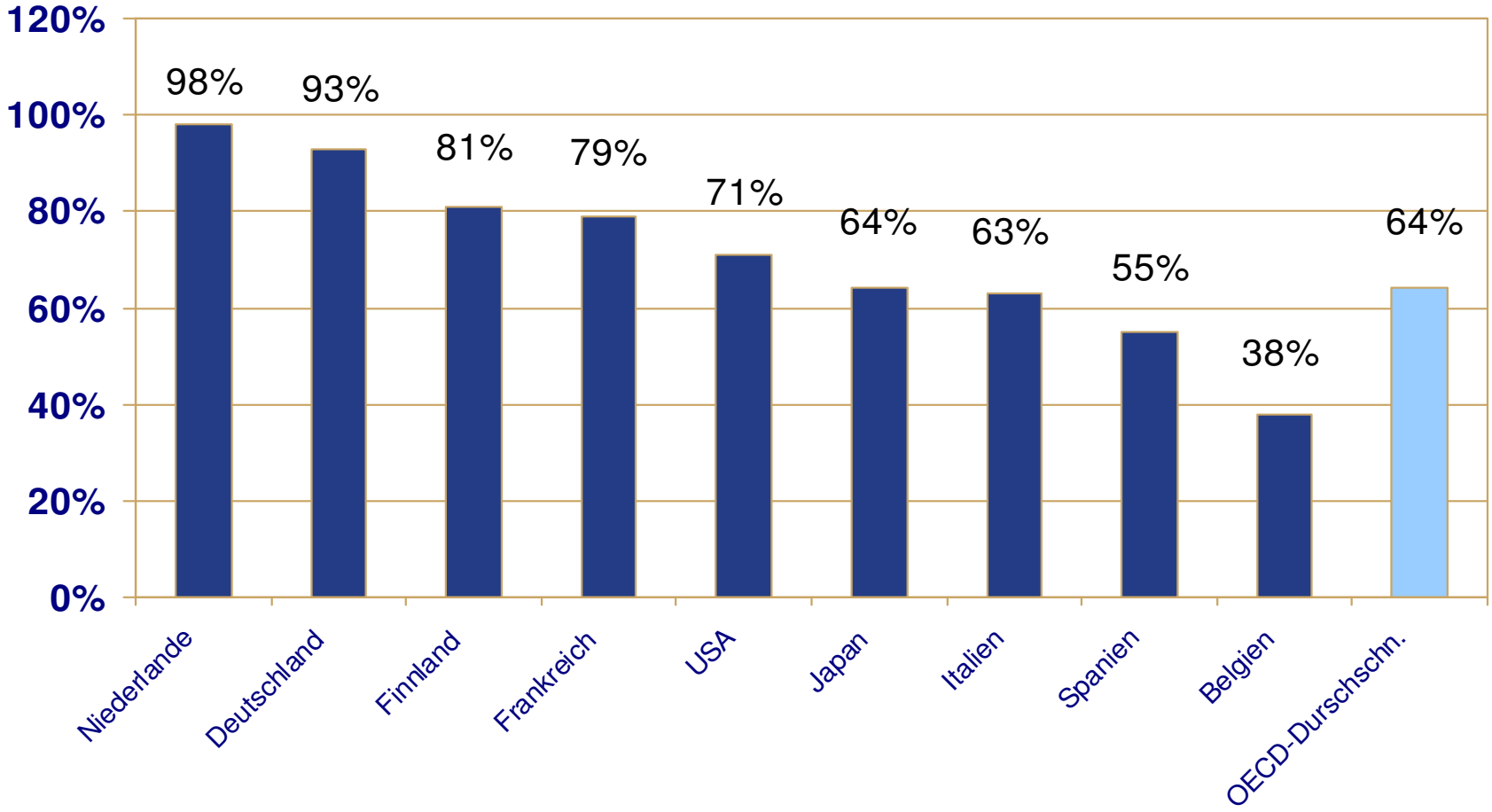
Wasserfakten Europa

- **Italien:**
  Subventionen der Wasserpreise bis zu 70 %, Irland 100 %.

- **Deutschland:**
  Sonderlasten verteuern, Wasserentnahmeentgelte bis zu 17 %.

- **Frankreich:**
  Kosten für Netz (60 % der Investitionen) gehen vielfach nicht in den Wasserpreis ein, Finanzierung aus allgemeinem Steueraufkommen.

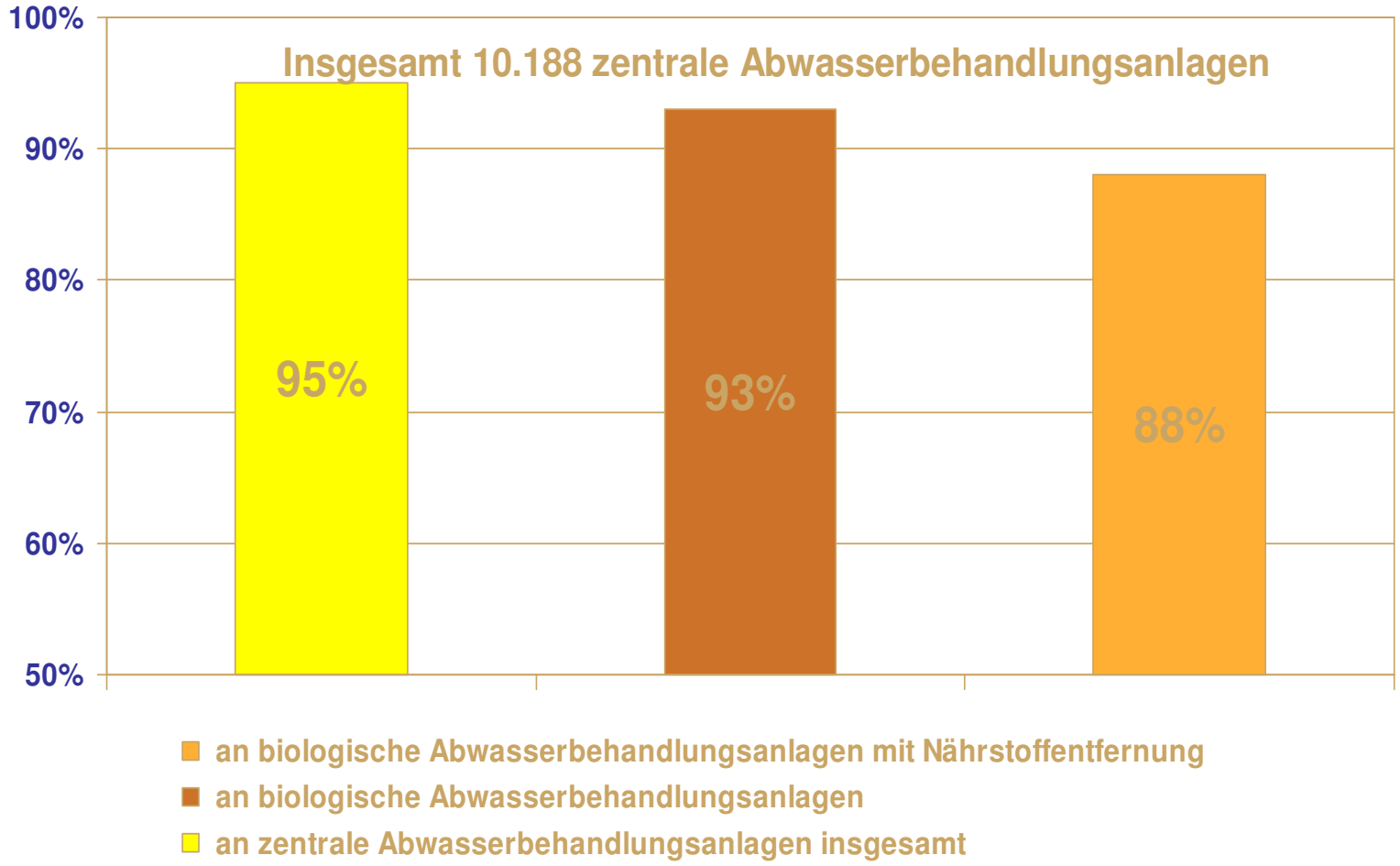
: : : : Abwasser-Anschlussgrad
- Internationaler Vergleich



Quelle: OECD 2003 Environmental Performance Reviews - Water

: : : : Abwasserreinigung in Deutschland

- Anschlussgrad der Bevölkerung an Abwasserbehandlungsanlagen 2001 -

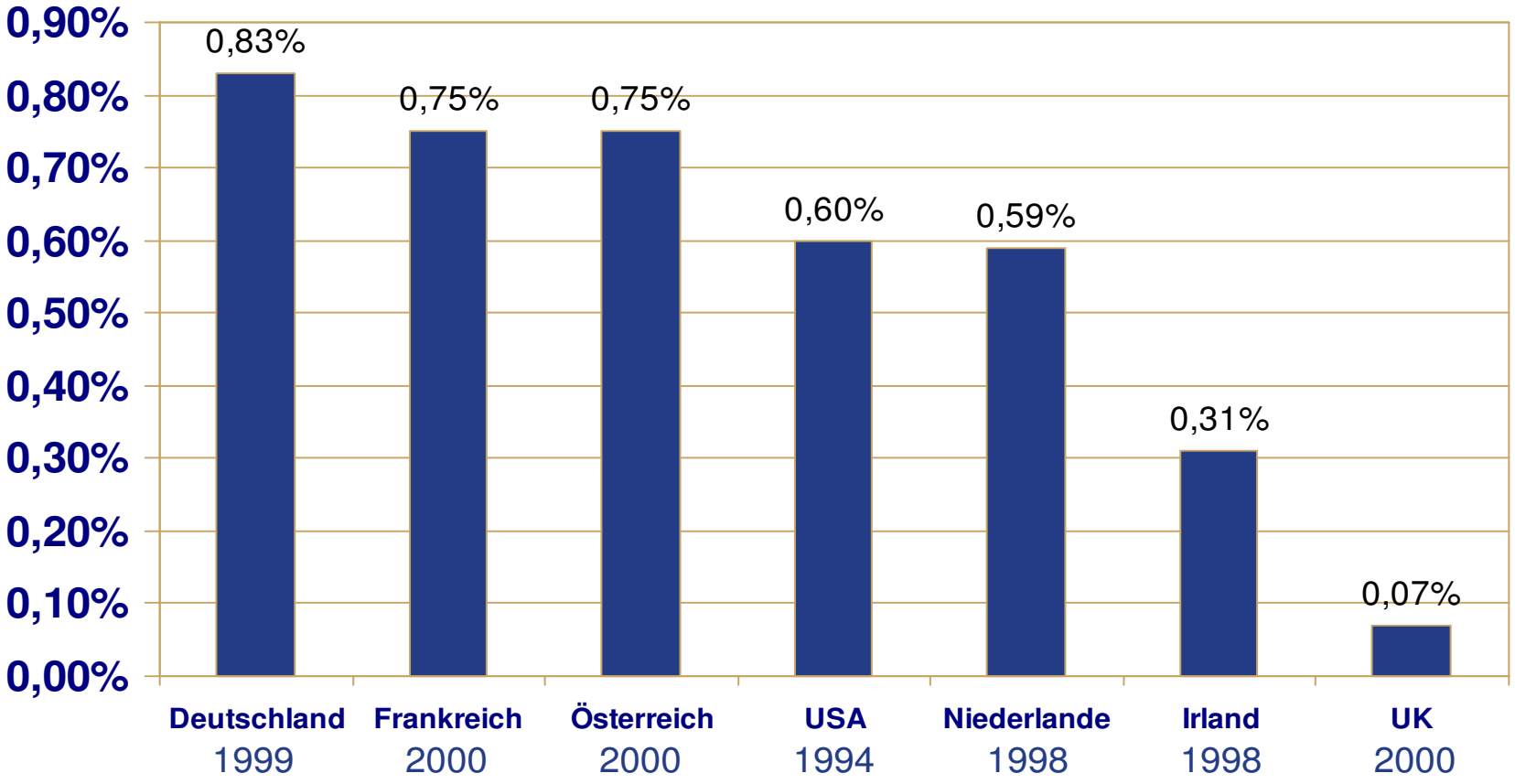


Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 2.1, 2001

© BGW

: : : : Investitionen Abwasser

- Anteile am BSP des jeweiligen Landes



Quelle: OECD 2003 Environmental Performance Reviews - Water

EU-Kommission: Großstädte ohne EG-Normstandard Abwasserreinigung

Belgien	Lüttich, Brüssel
Frankreich	Paris, Bordeaux, Marseille
Griechenland	Athen, Thessaloniki
Großbritannien	Edinburgh, Birmingham
Irland	Dublin
Italien	Triest, Como
Portugal	Lissabon
Spanien	Barcelona, Palma de Mallorca

Quelle: EU-Kommission 3/2001

EU-Kommission: Europäische Großstädte ohne Abwasserreinigung

Griechenland	Patras
Großbritannien	Dover
Irland	Cork
Italien	Mailand
Portugal	Porto
Spanien	Cadiz

Quelle: EU-Kommission 3/2001

Nachhaltige Wassernutzung in Deutschland

	Weltweit	Deutschland
Landwirtschaft	69 %	1 %
Industrie	23 %	20 %
Haushalte	8 %	3 %
		76 % ungenutzt

Offene Fragen: Europäische Entwicklung Gewässerschutz

- **Problem Landwirtschaft**

  80% Stickstoff- und 70% der Phosphateinträge (diffus) stammen aus der Landwirtschaft

  BGW-Position: Umsetzung Nitratrichtlinie unzureichend, Vollzugsdefizite beseitigen

- **Neue EU-Grundwasser-richtlinie**

  Trend: Abschwächung

  BGW-Position: gegen Aufweichung, einheitliches Schutzniveau erforderlich

Offene Fragen: Europäische Entwicklung Gewässerschutz

Neue EU-Richtlinie zum Schutz gegen gefährliche Stoffe:	Trend: Abschwächung BGW-Position: Gegen Verwässerung, Aufnahme neuer kritischer Stoffe
Umsetzung EU-Wasser-rahmenrichtlinie	Trend: „Über“-Bürokratisierung BGW-Position: 1:1-Umsetzung
Kostendeckung	Umsetzung in EU unzureichend BGW: Vollzugsdefizite beseitigen

BGW: Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit der EU-Mitgliedstaaten über das Ob und Wie der Leistungen der Daseinsvorsorge.

BGW: Souveränität der Kommunen über die Organisation sowie Gestaltung der Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Potsdam

<u>BGW:</u> Erhalt des hohen Qualitätsniveaus für Trinkwasser und Abwasserreinigung und Beibehaltung der Fachnormung durch DVGW, DWA und DIN als staatsentlastende Tätigkeit.

: : : : <u>BGW:</u> Kostendeckung und Kostenorientierung als Voraussetzung für eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung.

EU-Binnenmarktstrategie 2003 – 2006

Basis der Diskussion

- Ziel: Vollendung des Binnenmarktes (Lissabon Prozess) für rund 100 Wirtschaftsbranchen
- beim Wasser: „Modernisierung“ statt „Liberalisierung“
- Prüfung unter wettbewerblichen Gesichtspunkten
- neutrale Haltung bezüglich Eigentum an Ressource und Wasserversorgung
- Befürwortung legislativer Maßnahmen für mehr Wettbewerb unter Beachtung EG-Vertrag
- Grünbuch zum „Public Private Partnership“ für alle Dienstleistungen (30.04.2004)

Neue Vorschläge zur Daseinsvorsorge KOM 2005/2016 (INI) (Berichterstatter Dr. Langen, EVP)

- stellt heraus, dass die Einführung neuer sektorspezifischer Verpflichtungen auf EU-Ebene z. Zt. nicht notwendig ist, und fordert die Mitgliedsstaaten auf, die bestehenden sektorspezifischen Rechtsvorschriften in vollem Umfang umzusetzen;

- ist der Ansicht, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, z. B. durch verpflichtende Benchmarks, zu prüfen ist, wenn keine sektorale Liberalisierung vorgeschlagen wird (z. B. Wasserversorgung).

Entschließung des Europäischen Parlaments 2004 zur Daseinsvorsorge

- Ablehnung der Liberalisierung Wasser / Abwasser
- Ablehnung Sektorenrichtlinie à la Gas und Strom
- Ablehnung EU-Rahmenrichtlinie Daseinsvorsorge
- Kein Votum pro Leistungsvergleiche / Pflichtbenchmarking
- Bestätigung Souveränität Mitgliedstaat / Kommune für Definition, Organisation und Finanzierung der Daseinsvorsorge
- Neutralität Eigentumsfrage / kein Votum pro privat oder öffentlich
- Pro steuerliche Gleichbehandlung

⇨ keine Kompetenzverlagerung via Brüssel

⇨ Modernisierung Wasserwirtschaft

: : : : Grünbuch „Public Private Partnership“ 2004

- **Zur Diskussion gestellt werden:**
  - **Einheitliche Regeln für Konzessions-, Dienstleistungs- und sonstige öffentliche Aufträge?**
  - **Neue Vorgaben um zu verhindern, dass Ausschreibungsregeln bei der Veräußerung von Unternehmensanteilen umgangen werden?**
  - **EU-weite Klärung ob Konzessionen wie Dienstleistungen vergeben werden?**
- **Nächste Schritte:**
  - **Beginn der Beratungen im Europaparlament**

Beispiel:
Ausschreibungspflichten – Ergebnisse der EU-Umfrage

Interpretation der EU-Kommission 2005

Ausschreibungspflichten werden von Mitgliedsstaaten „gewollt“

Auswertung BGW

Frankreich, Großbritannien, Deutschland sind gegen Ausschreibungspflichten für Konzessionen

BGW-Forderungen zum Grünbuch über Öffentlich-Private-Partnerschaften

- Ablehnung einer Ausschreibungspflicht für Konzessionsverträge
- Konsequente Umsetzung des bestehenden EU-Ausschreibungsrechts
- Gründung von, Beitritt zu und Aktivitäten von Zweckverbänden sind kein Ausschreibungstatbestand
- Ausschreibungspflicht für Konzessionen würde in Eigentumsrecht der Unternehmen an den Anlagen und den Netzen eingreifen

Problem: Marktbetätigung von Verbänden?

: : : : Stand der Debatte zum Wettbewerb in der Wasserbranche 2005

- **Liberalisierung Wasser durch Berlin oder Brüssel konnte verhindert werden**
- **Dennoch: Ordnungspolitischer Rahmen der Wasserwirtschaft steht auf dem Prüfstand**

Aktuelle Fragen:

- **Inhalt und Laufzeiten von Verträgen zwischen Kommunen und Versorgern**
- **Mehr Regulierung oder Benchmarking**
- **Wettbewerb um Industriekunden**
- **Prüfung von Handel mit Wasserrechten**

EU-Dienstleistungsrichtlinie 2005

BGW-Position:

- Dienstleistungen Gas, Wasser, Abwasser prinzipiell vom Herkunftslandprinzip ausnehmen
- Dienstleistungen Gas, Wasser, Abwasser vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausnehmen

Begründung:

- Keine DL auf dem europaweit niedrigsten Niveau
- Standards und Anforderungen nicht auf dem geringst-möglichen Niveau bei der von der EU-Kommission diskutierten Ausschreibungspflicht für Konzessionen
- Technisches Regelwerk, z. B. vom DVGW, darf nicht dem Herkunftslandprinzip unterfallen

Politbarometer Europa / Deutschland

- Beginn strukturierter Debatte Wassersektor
- Keine Liberalisierung, dafür Diskussion Ausschreibungs-pflichten für Konzessionen und Zweckverbände sowie Vertragsgestaltungen
- Regelungen zu Öffentlich-Privaten-Partnerschaften
- (Pflicht-)Benchmarking
- Nebenkosten-Diskussion verschärft sich
- Demografischer Wandel / Rückgang Wasserabgabe

BGW-Forderung: Durchsetzung Modernisierungsstrategie in Berlin und Brüssel

Rahmenbedingungen

- Europäisches Parlament als die Stellschraube
- EU-Kommission setzt Ratsbeschlüsse um
- EugH-Entscheidungen sind sofort umzusetzen
- neues Parlament, neue Verfassung, neue EU-Mitgliedsstaaten